

Protokoll

der Bürgersprechstunde mit Frau Stadträtin Dr. Hanke im Stadtbezirk 212 – Heidberg-Melverode am Mittwoch, 30. August 2017, von 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr, Dezentrale Wohnunterkunft Glogaustraße 9

Teilnehmer:

Herr FBL 32 Paschen
Herr FBL 50 Klockgether
Herr FBL 66 Benschmidt
Herr FBL 67 Loose
Herr Pfeiffer, FB 51
Frau Bezirksbürgermeisterin Jaschinski-Gaus
Unterzeichner, 10.33

Frau Stadträtin Dr. Hanke begrüßt die 15 Gäste (davon 4 aus dem Stadtbezirksrat 212) sowie Frau Bezirksbürgermeisterin Jaschinski-Gaus und die Verwaltungsvertreter. Anschließend wird um Wortmeldungen gebeten.

1.

Sie stört, dass es keine Namensschilder an den Wohnungen der Wohnunterkunft gibt. Auch keine Briefkästen, wie sollen die Untergebrachten ihre Post erhalten? Es ist schade, dass die Untergebrachten keine Pflanzarbeiten auf dem Grundstück durchführen dürfen. So können sie sich nicht gut einleben.

Frau Stadträtin Dr. Hanke antwortet, dass die Stadt bestrebt sei, dass sich jeder einzelne Geflüchtete in Braunschweig gut einleben kann, hierfür wird alles getan.

Herr Klockgether sagt hierzu, dass es der Stadt bekannt ist, dass die Geflüchteten selber etwas anpflanzen wollen. Hierzu ist ein Projekt aufgelegt worden. Es sieht vor, dass Hochbeete angelegt werden sollen, in denen die Geflüchteten selber Anpflanzungen vornehmen können. Die Verantwortlichkeit wird später bei den Geflüchteten liegen.

Frau Stadträtin Dr. Hanke ergänzt, dass auch Bäume angepflanzt werden sollen.

2.

Er findet es auch nicht schön, dass keine Namensschilder angebracht werden. Er habe gehört, dass die Geflüchteten Miete bezahlen müssen.

Herr Klockgether sagt hierzu, Namensschilder werden nicht angebracht, da es sich um eine Unterbringung handelt und die Untergebrachten nicht in einem Mietverhältnis stehen. Ob eine Miete bezahlt werden müsse, hängt von dem Status ab, den die Geflüchteten haben. Wer eine Duldung erhält, kann sich auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung suchen. Da die Wohnungssituation in Braunschweig aber angespannt ist, finden die Geflüchteten nicht gleich eine Unterkunft. Wer diesen Status hat, muss auch Miete bezahlen, die in der Regel aber vom Jobcenter übernommen wird.

3.

Die Wohnungen haben auch keine Briefkästen. Wie sollen die Geflüchteten ihre Post erhalten? Der Gemeinschaftsraum ist immer abgeschlossen und somit nicht nutzbar, warum? Herr Klockgether antwortet, dass auf Briefkästen bewusst verzichtet wurde. Dies ist einerseits eine Kostenfrage, andererseits möchte die Stadt erfahren, wenn die Geflüchteten Post von Behörden erhalten. Nicht alle geflüchteten Menschen sind der deutschen Sprache soweit mächtig, dass sie z. B. für sie wichtige Behördentermine erkennen. Hier ist eine Hilfeleistung nur möglich, wenn bekannt ist, dass Behördenschreiben angekommen sind.

Der Gemeinschaftsraum steht jederzeit zur Verfügung. Bei Interesse kann der Schlüssel von der Verwaltung geholt werden. In diesem Fall hat die Verwaltung einen Ansprechpartner. Wenn der Gemeinschaftsraum ständig offen wäre und es zu einem Schadenfall kommt, ist kein Ansprechpartner verfügbar.

4.

Sie ist im Netzwerk „Flüchtlingshilfe“ tätig. Der Gemeinschaftsraum ist sehr wohl gut genutzt. Weitere Termine zur Nutzung des Gemeinschaftsraums werden in Kürze folgen. Sie spricht an dieser Stelle ein Lob für die Verwaltung und den Sicherheitsdienst aus. Alle sind sehr freundlich und hilfsbereit.

5.

Er kommt noch einmal auf die Briefkästen zu sprechen. Er kennt zwei Personen die in Arbeit stehen und nicht vor 18:00 Uhr bis 18:30 Uhr zuhause sind. Sie können ihre Post nicht täglich abholen, da die Verwaltung bereits geschlossen ist. Kann nicht über eine Postvollmacht die Post von einer dritten Person abgeholt werden? Weiterhin fragt er, warum ab 22:00 Uhr ein Besuchsverbot besteht.

Herr Klockgether antwortet, dass die Anregung der Postzustellung gegen Vollmacht von der Verwaltung aufgenommen wird.

Dass sich ab 22:00 Uhr keine fremden Personen auf dem Gelände aufhalten sollen ist ein Problem der „Fremd Schläfer“. Der Sicherheitsdienst ist angewiesen, fremde Personen nach 22:00 Uhr nicht mehr auf dem Gelände zuzulassen. Diese Maßnahme ist vorbeugend, damit keine unnötigen Probleme entstehen. Ein Besuchsverbot allgemein besteht nicht.

Zuständig: FB 50

6.

Er kommt auch noch einmal auf die Verschllossenheit des Gemeinschaftsraumes zu sprechen und meint, die Verwaltung verwaltet zu viel. Die Bewohner müssten sich mehr selbst überlassen sein.

Frau Stadträtin Dr. Hanke entgegnet, dass sie nachvollziehen kann, dass nicht jeder mit den Maßnahmen der Verwaltung einverstanden ist. Sie bittet aber um Verständnis für die Maßnahmen der Verwaltung. Auch das Wohnumfeld der Wohnunterkunft muss betrachtet werden. Die Verwaltung muss so entscheiden, dass gute Bedingungen für beide Seiten geschaffen werden.

7.

Das Zusammenleben in Merverode ist gut und Konfliktfrei. Hierzu tragen auch die Maßnahmen der Verwaltung bei. Der Sicherheitsdienst soll nicht nur die Flüchtlinge schützen, sondern auch das Umfeld, was bisher gut funktioniert hat.

8.

Er unterrichtet Deutsch in der Wohnunterkunft. Viele Bewohner haben ihm gesagt, dass es krank macht, untätig in der Wohnunterkunft bleiben zu müssen. Sind Bewerbungen der Geflüchteten möglich? Erhält die Stadt Zuwendungen vom Bund?

Herr Klockgether sagt hierzu, dass das Problem der Verwaltung bekannt ist. In Zusammenarbeit mit der VHS gibt es ein Arbeitsprojekt nur für Geflüchtete. Die Kapazitäten lassen aber nicht zu, dass jeder Geflüchtete dort beschäftigt werden kann.

Manche Geflüchtete wollen schnell Geld verdienen. Besser ist es erst Deutsch zu lernen, dann eine Berufsausbildung zu machen und anschließend Geld zu verdienen.

Frau Stadträtin Dr. Hanke ergänzt, dass die Wirtschaft ein Interesse daran hat, dass Geflüchtete auf den Arbeitsmarkt integriert werden. Ob Geflüchtete beschäftigt werden oder nicht, hängt von der Ausbildung und dem Status ab, den sie haben. Kein Unternehmen wird jemanden einarbeiten, von dem es nicht weiß, ob er/sie bleiben kann oder evtl. ausgewiesen wird. Denn Einarbeitung kostet Geld.

Herr Pfeiffer teilt hierzu mit, dass die Stadt die entsprechenden Bundesgesetze beachten muss. Inzwischen gibt es einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt, was durch Gespräche mit dem Jobcenter erreicht wurde.

9.

Gibt es Zahlen darüber, wer bleiben kann und wer gehen muss? Können diese Zahlen dem Stadtbezirksrat bekanntgegeben werden?

Ein Geflüchteter kam zu ihm mit einem Antrag auf Prozesskostenhilfe, den er kaum selber ausfüllen konnte. Dies ist für Geflüchtete gar nicht leistbar.

Frau Bezirksbürgermeisterin Jaschinski-Gaus sagt hierzu, dass die Geflüchtete sich mit solchen Angelegenheiten an die Hilfsorganisationen wenden können, z. B. an das Refugium, Caritas. Geflüchtete brauchen aber nur den Leistungsbescheid beifügen und die persönlichen Daten eintragen.

Frau Stadträtin Dr. Hanke gibt die Zahlen, die Herr von Kalm wissen wollte, bekannt.

Zuständig: FB 50

10.

Ein Geflüchteter musste mit Frau und Kind nach Bramsche fahren, um dort Angaben zu machen. Er bekam kein Fahrgeld und es kam gar nicht zur Anhörung. Können solche Angelegenheiten nicht in Braunschweig vorgenommen werden?

Frau Stadträtin Dr. Hanke sagt hierzu, dass in solchen Fällen versucht werden kann, darauf einzuwirken, dass die Anhörung in der LAB durchgeführt werden kann. Dann hätten die Geflüchteten nicht so schwere Bedingungen. Der Hinweis wird aufgenommen.

Zuständig: FB 50

11.

Es gibt keinen Gemeinschaftsraum mehr in Melderode. Vor ca. 1 ½ Jahren wurde die „Alte Schule“ geschlossen wegen Baufälligkeit. Der Eigentümer ist die NiWo. Die Instandsetzung soll erfolgt sein. Aber es geht nicht weiter. Auch die Benutzung der Toiletten für Besucher/innen der Nicolai-Kirche ist nicht möglich. Eine Lösung wie in Bienrode wäre gut für den Stadtbezirk.

Auf Nachfrage von Frau Stadträtin Dr. Hanke nach den Kosten wurde geantwortet, dass der untere Bereich, wo ein Gemeinschaftsraum entstehen könnte, monatlich 2.000,00 € kosten würde. Der obere Bereich, wo eine Wohnung entsteht, soll 1.000,00 € kosten

12.

Die schönsten Bereiche am Heidbersee sind für Hunde gesperrt, nur weil einige „Schwarze Schafe“ den Kot ihrer Hunde nicht entfernen. Die Sperrung ist aber ausgrenzend für Familien mit Kindern und mit Hunden. Diese dürfen nun auch nicht mehr an den Sandstrand und auf die Liegewiesen. Wäre nicht eine Lockerung möglich in der Form, dass wenigstens Familien mit Hunden Zutritt haben?

Herr Paschen antwortet, dass dieses Thema auch schon in der Presse veröffentlicht wurde. Eine Bürgeranfrage im Rat gab es auch schon. Es gibt leider nicht nur verantwortungsbewusste Hundebesitzer. Es gab immer wieder Nutzungskonflikte. Es musste eine Abwägung erfolgen zwischen im Sand spielenden Kindern und Nutzung durch Hunde. Hygieneprobleme lagen ganzjährig vor. Es gibt aber andere Stellen am Heidbergsee, die mit Hunden begangen werden können. Diese sind nicht so schön, aber an den Stellen können Hunde auch in das Wasser gehen.

13.

Es liegen Kippen am Sandstrand und auf der Liegewiese, auch Scherben und jede Menge Gänsekot und auch Katzenkot. Der Sand am Strand muss ohnehin gereinigt werden, dann könnte doch auch der Hundekot, wenn welcher liegt, beseitigt werden. Es wird bezweifelt, dass überhaupt Hundekot im Sand liegt. Sie möchte wissen, wie weit die Stadt verpflichtet ist, den Sand regelmäßig zu reinigen. Außerdem stehen zwei Abfallbehälter dicht nebeneinander. Wenn diese weiter getrennt würden, würden sie evtl. mehr genutzt, weil die Wege dann kürzer werden würden.

Herr Loose antwortet, dass ein Hundeverbot an manchen Stellen wegen der Nutzungskonflikte ausgesprochen wurde. Im Sommer reinigt die Stadt das Gebiet um den Heidbergsee sechs Mal die Woche. Verkotungen wurden hierbei festgestellt. Mit normalen Gerätschaften ist der Kot nicht zu entfernen und mit Eimer und Schaufel zu arbeiten ist zu aufwändig. Verpflichtet zur Sandreinigung ist die Stadt nicht, es gibt keine rechtliche Vorschrift hierzu. Ebenso unterliegen Gänse keinerlei Vorschriften.

Es gibt andere Möglichkeiten für Hundebesitzer mit dem Hund in das Wasser zu gelangen, da bei weitem nicht alle Zugangsbereiche zum Heidbergsee für Hunde gesperrt sind. Auch in der nahen Umgebung, in Wald und Feldgebieten können die Hunde genügend Auslauf erhalten.

Der Hinweis auf die dicht zusammen stehenden Abfallbehälter wird aufgenommen.

Zuständig: FB 67

14.

Welche Art und Anzahl von Beschwerden gab es? Wie teuer ist eine Sandreinigung?

Eine Antwort konnte nicht gegeben werden.

Zuständig: FB 32 und 67

15.

Sind evtl. nicht genügend Abfallbehälter und Hundestationen vorhanden?

Herr Loose antwortet hierauf, dass genügend sogenannte Hundestationen und Abfallbehälter im Heidbergpark aufgestellt sind. Zusätzliche wird es aus Kostengründen nicht geben. Es ist Sache der Hundehalter, den Kot ihrer Hunde auf ihre Kosten zu entsorgen.

16.

Dem Schützenverein Heidberg hat man in 2015 den Schlüssel abgenommen. Eigentlich sollte der Schießbetrieb in 2016 wieder aufgenommen werden, doch nichts passiert.

Herr Loose antwortet, dass der Schützenverein Heidberg wusste, dass es länger dauern würde, den Schießbetrieb wieder aufzunehmen. Die Schießanlage wurde vom Verein nicht genügend instand gehalten und zwar in den Zeiten, als die Stadt noch nicht zuständig war. Nun hat es die Stadt übernommen. Ziel ist eine Sanierung bis zum Frühling/Sommer 2018.

17.

Zum Erfurtplatz gibt es vom Sachsendam her keinen barrierefreien Zugang. Rollstühle, Rollatoren, Kinderwagen müssen sich die Zufahrt für die Kraftfahrzeuge teilen. Es kommt zu heiklen Situationen. Wann wird eine Änderung herbeigeführt. Auch auf dem Erfurtplatz ist die Situation gefährlich, weil die Autos über die durchgezogenen Linien in den Fußwegbereich hineinfahren, um den Erfurtplatz wieder zu verlassen.

Herr Benscheidt antwortet hierauf, dass es vor einigen Jahren einen Beschluss des Stadtbezirksrates gab mit dem Ergebnis, dass die Situation jetzt so ist wie sie ist. Barrierefreie Zugänge zum Erfurtplatz sind gegeben vom Heidbergbad her und auf dem Sachsendam über die Gleise links neben der Straßenbahnhaltestelle.

In der letzten Sitzung des Stadtbezirksrates hat der FB 66 vorgestellt, wie eine Lösung des barrierefreien Zugangs zum Erfurtplatz hin geschaffen werden kann. Dies wurde vom Stadtbezirksrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Die genannten Kosten in Höhe von 40.000,00 € stehen nunmehr zur Verfügung. Wann begonnen werden kann steht noch nicht fest. Der Stadtbezirksrat erhält aber eine Beschlussvorlage.

Zur Situation auf dem Erfurtplatz sagt Herr Benscheidt, dass weiße Linien nicht überfahren werden sollen. Die Fußwege auf dem Erfurtplatz sind in privater Hand, so dass die Stadt Poller nur mit Zustimmung der Eigentümer aufstellen kann.

Frau Stadträtin Dr. Hanke bedankt sich bei den Zuhörern. Besonderen Dank gilt denjenigen, die sich in der Flüchtlingsunterstützung ehrenamtlich engagieren. Die Bürgersprechstunde wird um 18:55 Uhr geschlossen.

gez.
Prause
Protokollführer